

 **Bank Austria**

Member of  **UniCredit**



**Ausblick in Zeiten der
„Coronakrise“**

2020

Österreich im Fokus

UNICREDIT
BANK AUSTRIA
ECONOMICS &
MARKET ANALYSIS
AUSTRIA

Internationales Umfeld

	Prognose			
	2018	2019	2020	2021
<i>(BIP, Vrdg. in %)</i>				
Eurozone	1,9	1,2	-13,0	10,0
Deutschland	1,5	0,6	-10,0	10,0
Frankreich	1,7	1,3	-13,8	11,6
Italien	0,8	0,3	-15,0	9,0
Spanien	2,4	2,0	-15,5	9,5
UK	1,3	1,4	-10,5	9,8
USA	2,9	2,3	-10,8	11,8
Japan	0,3	0,7	-7,5	6,0
<i>(Jahresdurchschnitt)</i>				
USD per Euro	1,11	1,13	1,18	1,12
CHF per Euro	1,09	1,11	1,15	1,11
GBP per Euro	0,82	0,88	0,88	0,88
JPY per Euro	120,3	126,7	130,4	122,1
Öl (USD/barrel)	45	55	72	64
10-jährige Bund (Ö)	0,37	0,56	0,69	0,05
3-Monats-Euribor	-0,26	-0,33	-0,32	-0,36

Quelle: UniCredit Research

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der „Coronakrise“ auf Österreich

	2018	2019	Rev.1)	2020	Rev.1)	2021	Rev.1)
BIP-Wachstum (real in %)	2,4	1,6		-9		8	
Inflation (VPI in %)	2,0	1,5		0,9		1,9	
Arbeitslosenquote (in %)	7,7	7,4		11		8	

1) Revision seit dem letzten Bericht

■ „Coronakrise“ verursacht den stärksten Wirtschaftseinbruch der Nachkriegszeit – sowohl Angebots- als auch Nachfrageschock

Die positiven Signale zu Jahresbeginn 2020, die eine Stabilisierung der Konjunktur nach der Wachstumsverlangsamung im Jahr 2019 auf 1,6% anzeigten, haben mit dem Ausbruch der „Coronakrise“ ein jähes Ende gefunden. Die anfänglichen Probleme, insbesondere für die österreichische Industrie durch die Unterbrechung der globalen Wertschöpfungsketten aufgrund der Betriebs-schließungen in China, werden durch die temporäre Stilllegung der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens zur Eindämmung der Ausbreitung des Virus seit Mitte März 2020 deutlich überlagert. Der Schwerpunkt der Krise liegt somit nunmehr auf der Nachfrageseite. Nach dem Rückgang der Wirtschaftsleistung im ersten Quartal von 2,5% wird dies im zweiten Quartal zu einer Verringerung um zumindest 15% gegenüber dem Vorquartal führen.

■ V-förmige Konjunkturerholung erwartet – Österreichs Wirtschaftsleistung erreicht Vorkrisenniveau aber voraussichtlich erst Mitte 2022

In unserem vorsichtig optimistischen Erholungsszenario gehen wir großteils von einem V-förmigen Konjunkturverlauf aus. Nach dem scharfen Einbruch im zweiten Quartal erwarten wir ab dem Sommer substantielle Lockerungsmaßnahmen des Lockdown, die im zweiten Halbjahr zu einer spürbaren Aufwärtsbewegung der Wirtschaft führen sollten. Im Jahresdurchschnitt ist dennoch mit einem Rückgang des BIP um rund 9% in Österreich zu rechnen. Trotz eines kräftigen Wachstums von bis zu 8% im kommenden Jahr wird Ende 2021 die österreichische Wirtschaftsleistung noch rund 2 Prozentpunkte unter dem Vorkrisenniveau liegen.

■ Wertschöpfungseinbußen von rund 36 Mrd. Euro 2020 erwartet – nur wenige Branchen kaum betroffen

Unter der Annahme einer schrittweisen Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit ab Mai wird die nominelle Wirtschaftsleistung in Österreich im Gesamtjahr 2020 im Vergleich zu einem Szenario ohne Pandemie um voraussichtlich 10% bzw. rund 36 Mrd. Euro geringer sein. Besonders betroffene Branchen mit Wertschöpfungseinbußen bis zu 40% werden der Großteil der persönlichen Dienstleister, die Beherbergungs- und Verpflegungsbetriebe, die Kultur- und Sportveranstalter und zahlreiche Einzelhandelsbetriebe sein. Allerdings gibt es auch einige Branchen, die kaum oder wenig von Einbußen betroffen sein werden. Dazu zählen etwa die Pharmaindustrie, der Lebensmitteleinzelhandel, der öffentliche Dienst sowie Apotheken und Drogerien.

■ „Coronakrise“ und Preisverfall von Rohöl senken Inflation

Nach dem vor allem ölpreisbedingten Rückgang der Inflation im Jahr 2019 auf 1,5% im Jahresdurchschnitt ist die Teuerung zu Beginn 2020 mit steigenden Ölpreisen auf über 2% im Jahresvergleich gestiegen. Der Einbruch des Ölpreises durch geringere Nachfrage in der „Coronakrise“ und die anfängliche Uneinigkeit der Opec über Ölförderdrosselungen werden die Inflation 2020 in Kombination mit dem Fehlen eines nachfrageseitigen Preisdrucks spürbar dämpfen. Wir erwarten für 2020 eine durchschnittliche Teuerung von 0,9% und für 2021 einen leichten Anstieg parallel zum Ölpreis auf 1,9%.

 Autoren: Walter Pudschedl
 Robert Schwarz
 Günter Wolf

Impressum

 Herausgeber, Verleger, Medieninhaber:
 UniCredit Bank Austria AG
 Economics & Market Analysis Austria
 Rothschildplatz 1
 1020 Wien
 Telefon +43 (0)50505-41957, 41953, 41954
 Fax +43 (0)50505-41050
 E-Mail: econresearch.austria@unicreditgroup.at

Stand: April 2020

■ **EZB und öffentliche Hand gemeinsam gegen die Krise**

Wie in allen anderen Ländern des Euroraums hat auch die Regierung in Österreich ein Maßnahmenpaket geschnürt, um die wirtschaftlichen Folgen des Lockdown abzufedern. Das Gesamtvolumen beträgt insgesamt 38 Mrd. Euro (direkte Maßnahmen und Garantien) bzw. 10% des BIP. Neben den fiskalischen Maßnahmen ist auch die EZB mit geldpolitischen Maßnahmen eingesprungen, um die Banken und damit die Unternehmen, aber auch die Staaten mit ausreichender Liquidität zu versorgen. Unter anderem wurden ein zusätzliches Wertpapierkaufprogramm gestartet und regulatorische Erleichterungen beschlossen. Die gesetzten Maßnahmen scheinen geeignet, ihr Ziel zu erreichen, insbesondere als die Bereitschaft signalisiert wurde bei Bedarf noch nachzulegen.

■ **Massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit – Arbeitslosenquote bleibt längerfristig über Vorkrisenniveau**

Nach der günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt zu Jahresbeginn 2020 kam es mit der Verhängung des Lockdown trotz eines neuen flexiblen Kurzarbeitsmodells schlagartig zu einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit. Mit der Lockerung der beschränkenden Maßnahmen sollte sich die Lage im weiteren Jahresverlauf schrittweise wieder entspannen. Wir erwarten dennoch eine Arbeitslosenquote von fast 11% im Jahresdurchschnitt 2020. Mit etwa 8% wird die Arbeitslosenquote 2021 noch über dem Wert von 7,4% im Jahr 2019 liegen.

■ **Hohes Budgetdefizit und steigende Verschuldung 2020 durch COVID-19-Maßnahmenpaket und Einnahmenausfall – 2021 geringerer Budgetabgang**

Die Maßnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen des Lockdown sowie der Einnahmenausfall durch den wirtschaftlichen Einbruch werden 2020 ein Budgetdefizit von fast 10% des BIP verursachen. Damit steigt die öffentliche Verschuldung erstmals seit vier Jahren wieder an. Auch für 2021 ist von einem Budgetdefizit auszugehen, welches wir jedoch mit rund 2% des BIP deutlich geringer erwarten als 2020.

Konjunktur im Überblick

	2008	2009	2016	2017	2018	2019	Prognose UCBA	
							2020	2021
<i>(Reale Veränderung in %)</i>								
BIP	1,5	-3,8	2,1	2,5	2,4	1,6	-9	8
Privater Konsum	0,9	0,9	1,6	1,4	1,1	1,4	-11	10
Öff. Konsum	3,7	2,5	1,8	1,1	0,9	0,6	3	1
B. Investitionen *)	1,6	-7,2	4,1	4,0	3,9	2,7	-10	14
davon Ausrüstung	2,7	-11,2	9,3	6,3	4,3	3,4	-17	21
davon Bau	0,4	-7,9	0,5	3,3	3,7	2,4	-5	5
Exporte i.w.S.	2,2	-14,4	3,1	5,0	5,9	2,7	-10	8
Importe i.w.S.	1,0	-11,9	3,7	5,0	4,6	2,7	-8	9
VPI (Veränderung z. Vorjahr)	3,2	0,5	0,9	2,1	2,0	1,5	0,9	1,9
HVPI (Veränderung z. Vorjahr)	3,2	0,4	1,0	2,2	2,1	1,5	0,8	1,9
Sparquote (in %)	12,4	11,4	7,7	7,3	7,7	8,3	13	8
Leistungsbilanz (Mrd. Euro)	13,8	7,5	9,7	5,7	9,0	10,5	3	6
Leistungsbilanz (in % BIP)	4,7	2,6	2,7	1,6	2,3	2,6	1	1
Beschäftigung (in Tausend **)	3.283	3.234	3.502	3.573	3.661	3.720	3.619	3.706
Beschäftigung (Veränderung zum Vorjahr)	1,7	-1,5	1,6	2,0	2,5	1,6	-3	2
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	5,9	7,2	9,1	8,5	7,7	7,4	11	8
Arbeitslosenquote (Eurostat Definition)	4,1	5,3	6,0	5,5	4,9	4,5	7	5
Arbeitslose (Jahresdurchschnitt in Tausend)	212	260	357	340	312	301	448	330
Öffentlicher Saldo (in % des BIP)	-1,5	-5,3	-1,5	-0,8	0,2	0,7	-10	-2
Öffentliche Schuld (in % des BIP)	68,7	79,9	82,9	78,3	74,0	70,3	86	80
BIP nominell (Mrd. Euro)	294	288	357	370	386	399	366	402

*) Exkl. Vorratsänderungen **) ohne Karrenzgoldbezieher, Präsenzlehre und Schulungen

Quelle: Statistik Austria, OenB, UniCredit Research

Starker Wirtschaftseinbruch durch „Coronakrise“

- Konjunkturstabilisierung nach Verlangsamung des Wirtschaftswachstums im Jahr 2019 auf 1,6% endet durch „Coronakrise“ abrupt
- Angebotsseitige Störungen der Wirtschaft durch Unterbrechung der globalen Wertschöpfungsketten und Lockdown lösen eine tiefe Rezession in Österreich aus
- Wir erwarten im Gesamtjahr 2020 einen Rückgang des BIP um rund 9%, gekennzeichnet von einem starken Konjunkturreinbruch im ersten Halbjahr und einer ab der Jahresmitte beginnenden Gegenbewegung
- Größte Einbußen im Bereich Beherbergung und Gastronomie von bis zu 40% im Gesamtjahr 2020
- Aufholprozess mit einem Wirtschaftswachstum von rund 8% im Jahr 2021 erwartet, doch das Vorkrisenniveau wird voraussichtlich erst Mitte 2022 erreicht werden können
- Im Fokus: Leichtes Ost-West-Gefälle bei der wirtschaftlichen Betroffenheit der Bundesländer

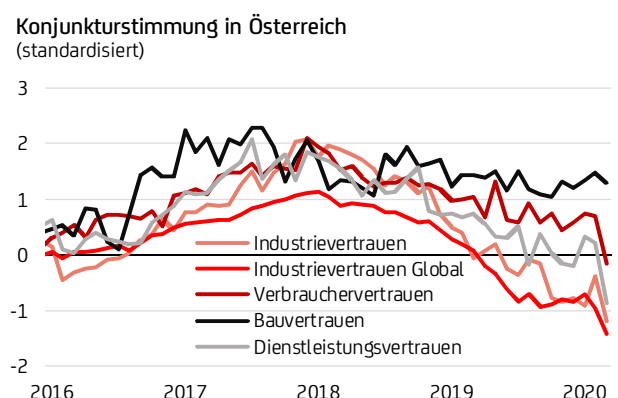
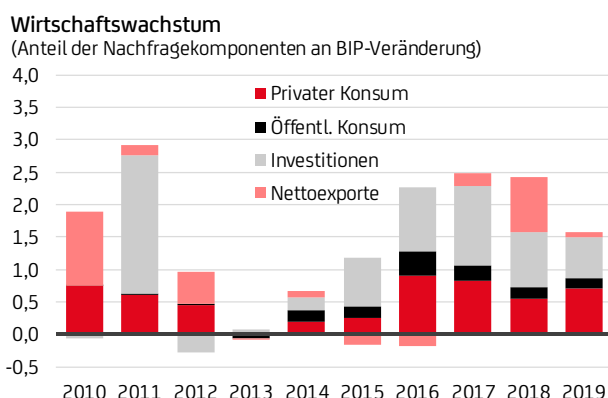
„Coronakrise“ stoppt Stabilisierung der Konjunktur nach Verlangsamung 2019

Aufgrund anhaltender politischer Unsicherheiten, zunehmender protektionistischen Tendenzen im internationalen Handel im Gefolge des Konflikts zwischen den USA und China sowie der Verhandlungen um den Brexit und der Auswirkungen der vergangenen geldpolitischen Verschärfung etwa in den USA hat sich die globale Konjunkturstimmung im Verlauf des Jahres 2019 spürbar verschlechtert und zu einer Abschwächung des Wachstums der Weltwirtschaft geführt. In diesem Umfeld hat sich in Österreich nach drei Jahren mit Wachstumsraten über der Marke von 2% im Verlauf des Jahres 2019 die wirtschaftliche Dynamik spürbar verlangsamt. Aufgrund der Schwäche des globalen Handels hat der heimische Außenhandel an Schwung verloren und erstmals seit zwei Jahren keinen wesentlichen Beitrag zum Wirtschaftswachstum in Österreich geleistet. Die exportstarke österreichische Industrie ist unter diesen Rahmenbedingungen Mitte des Jahres sogar in eine Rezession geschlittert. Aufgrund der kräftigen Inlandsnachfrage verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum im Jahresdurchschnitt 2019 jedoch nur auf 1,6%. Für Unterstützung sorgte zum einen der starke private Konsum, der von steigenden Reallöhnen und fiskalischen Impulsen, wie der Einführung des Familienbonus Plus, profitierte und um 1,4% real zulegte. Zum anderen blieb der Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen mit fast 3% im Jahresvergleich weiterhin hoch, wenn auch angesichts der geringeren Auslandsnachfrage und der allgemeinen Verschlechterung der Konjunkturstimmung die Dynamik sowohl der Ausrüstungs- als auch der Bauinvestitionen trotz des anhaltend günstigen Finanzierungsumfelds gegenüber dem Jahr davor geringer ausfiel.

Abschwächung des Wirtschaftswachstums 2019 auf 1,6% im Jahresdurchschnitt

Starke Inlandskonjunktur bot 2019 der Schwäche des globalen Handels Paroli

WACHSTUMSVERLANGSAMUNG 2019 UND ABRUPTER EINBRUCH DER KONJUNKTURSTIMMUNG IM FRÜHJAHR 2020



Quelle: Statistik Austria, EU-Kommission, UniCredit Research

Abruptes Ende der Konjunkturstabilisierung vom Jahresbeginn 2020

Zu Beginn 2020 hatte sich die Konjunkturstimmung in Österreich erstmals seit Monaten aufgehellt. Der Abwärtstrend der Konjunktur in Österreich des Jahres 2019 stoppte. Die Verunsicherung in der Weltwirtschaft hatte dank des Handelsabkommens zwischen den USA und China abgenommen. Die Schwäche des globalen Handels flaute ab. Die österreichische Wirtschaft profitierte von einem günstigeren Exportumfeld. Der Außenhandel legte wieder an Tempo zu, die Rezession in der heimischen Industrie endete. Der robuste Arbeitsmarkt und der anhaltende Optimismus der Konsumenten sorgten für hohe Umsätze im Einzelhandel. Der Boden für eine positive Wirtschaftsentwicklung im ersten Quartal 2020 schien bereitet.

Mit dem Ausbruch des Corona-Virus in China zogen jedoch dunkle Wolken am Konjunkturhimmel auf. Die wirtschaftlichen Konsequenzen begrenzten sich vorerst auf eine Unterbrechung der Wertschöpfungsketten durch Betriebsschließungen in China und folgende Lieferschwierigkeiten für die österreichischen Industriebetriebe. Mit der weiteren Ausbreitung des Virus in der Folge auf europäische Länder und schließlich auch auf Österreich rückten nicht mehr mögliche angebotsseitige Störungen der Wirtschaft in den Vordergrund, sondern vielmehr die nachfragegesitigen Auswirkungen der Ausgangsbeschränkungen auf die Geschäftstätigkeit der vom Mitte März erfolgten Lockdown betroffenen Unternehmen.

Nach dem guten Jahresbeginn sank durch die Verhängung des Lockdown nach unserer Einschätzung die Wirtschaftsleistung für die letzten zwei Wochen des Quartals schlagartig auf rund 75% bis 80% des Normalniveaus. Sowohl der private Konsum brach durch die Schließung des Einzelhandels und der Gewerbebetriebe abrupt ein als auch die Investitionstätigkeit, die angesichts der vorherrschenden Unsicherheit und der anfänglich fehlenden zeitlichen Perspektive einer Lockerung der Maßnahmen zurückgehalten wurde. Zudem funktionierte auch der Export angesichts ähnlicher wirtschaftlicher Beschränkungen in anderen europäischen Ländern nicht mehr reibungsfrei zumal durch Grenzschießungen auch der noch laufende Güteraustausch zusätzlich erschwert bzw. verzögert wurde. Trotz des guten Starts ins Jahr ist das BIP im ersten Quartal 2020 im Vergleich zum Vorquartal um 2,5% gesunken.

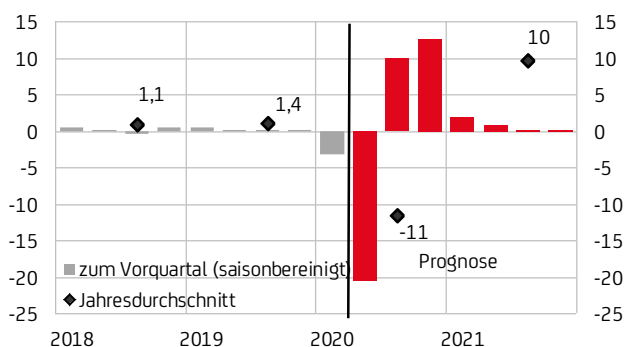
Für das zweite Quartal erwarten wir einen massiven Einbruch der Wirtschaftsleistung von zumindest 15% gegenüber dem Vorquartal. Nach dem strengen Lockdown bis Ostern - nur der Lebensmitteleinzelhandel, Drogerien und Apotheken waren von den Schließungen ausgenommen - erfolgten bisher nur sehr maßvolle Lockerungsmaßnahmen. Wir gehen davon aus, dass vorerst das Tempo der Lockerungsschritte mit Blick auf die Infektionszahlen auch sehr bescheiden bleiben dürfte. Im Vergleich zum strengen Lockdown zu Anfang April wird daher in den kommenden Wochen die Auslastung der Wirtschaft kaum entscheidend höher sein.

Österreichs Wirtschaft stürzte mit Beginn des Lockdown Mitte März 2020 schlagartig in eine tiefe Rezession

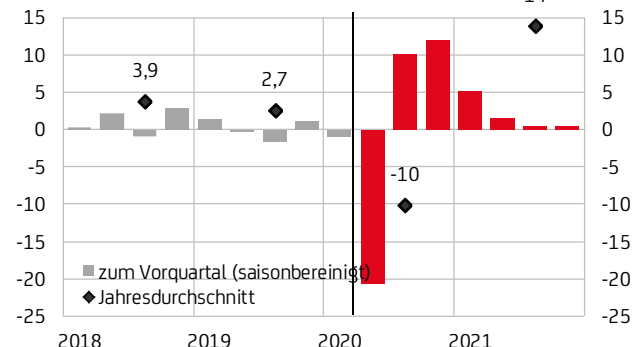
Nach leichtem Rückgang des BIP im ersten Quartal wird sich das volle Ausmaß der Krise vor allem im zweiten Quartal 2020 zeigen

PRIVATER KONSUM UND INVESTITIONSTÄTIGKEIT DURCH LOCKDOWN UND UNSICHERHEIT AM STÄRKSTEN BETROFFEN

Privater Konsum
(reale Veränderung, Q/Q und J/J)



Investitionen
(reale Veränderung, Q/Q und J/J)



Quelle: Statistik Austria, UniCredit Research

Allmähliche Erholung der Wirtschaft mit der schrittweisen Lockerung der Lockdown-Maßnahmen

Rückgang des BIP um rund 9% im Jahr 2020 sollte ein kräftiges Plus um fast 8% im Jahr 2021 folgen

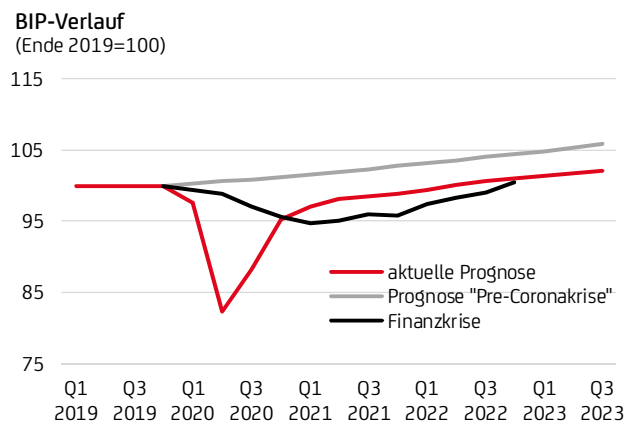
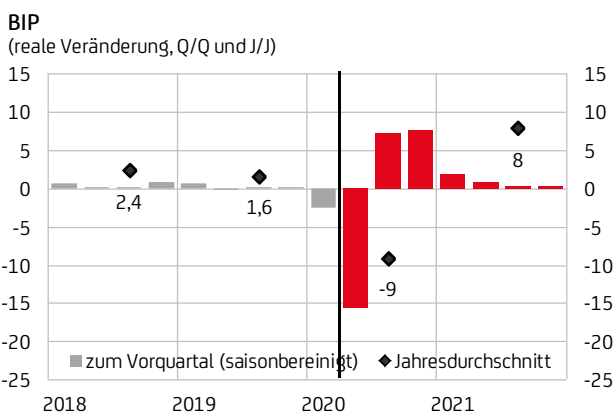
V-förmiger Konjunkturverlauf erwartet

Wenn auch in weiterer Folge die Restriktionen voraussichtlich nur allmählich gelockert werden können, ist in der zweiten Jahreshälfte 2020 eine spürbare Gegenbewegung aus diesem Konjunkturtief mit Zuwachsraten von bis zu 8% gegenüber dem Vorquartal zu erwarten. Die Erholung der Konsumnachfrage wie auch der Investitionen wird jedoch nicht sofort auf vollen Touren erfolgen. In dem von hoher Unsicherheit geprägten Umfeld wird die angespannte Lage am Arbeitsmarkt zu anhaltender Nachfragezurückhaltung der Konsumenten führen. Insbesondere der Erwerb langlebiger Konsumgüter wird nur langsam in Schwung kommen. Auch nur mit angezogener Handbremse wird die Investitionstätigkeit aufleben. Zum einen wird die unzureichende Auslastung der bestehenden Kapazitäten aufgrund der nur vorsichtig anspringenden Nachfrage in vielen Betrieben vorerst keine Erweiterungsinvestitionen nötig machen. Zum anderen werden selbst notwendige Erneuerungsinvestitionen im auch international unsicheren Nachfrageumfeld und aufgrund der nach dem Lockdown in vielen Betrieben angespannteren Liquiditätslage so lange wie möglich verschoben werden.

Insgesamt ergeben unsere optimistischen Annahmen einen mehr oder weniger V-förmigen Konjunkturverlauf. Dem starken Einbruch ab März sollte eine kräftige Wachstumsphase ab der zweiten Jahreshälfte folgen. Dennoch führt dies im Jahresdurchschnitt 2020 zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um real rund 9%. Für 2021 gehen wir von einem Wirtschaftswachstum von bis zu 8% aus. Damit entspricht unser Konjunkturverlauf keinem idealtypischen V, vielmehr folgt der rasanten Abwärtsbewegung eine etwas zögerliche Aufwärtsbewegung. Die österreichische Wirtschaft wird daher nach unserer Einschätzung Ende 2021 ihr Niveau von vor dem Ausbruch der „Coronakrise“ um rund 2% unterschreiten. Erst Mitte 2022 wird die Lücke gegenüber dem Jahr 2019 vollständig geschlossen werden können. Die umfangreichen geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen werden die dauerhaften wirtschaftlichen Schäden zwar stark begrenzen, aber nicht vollständig neutralisieren können. Zudem besteht die Gefahr, dass bereits vorhandene strukturelle Veränderungen nun zügiger umgesetzt werden, was zwar mittelfristig positive Auswirkungen haben kann, kurzfristig aber zu zusätzlichen Belastungen führen könnte.

Im Vergleich zu der Finanzkrise 2008/2009 erwarten wir durch die „Coronakrise“ deutlich stärkere Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft. Während der Finanzkrise fiel die Wirtschaftsleistung in Österreich nach einem Rückgang des BIP über fünf Quartale auf nicht ganz 95% des Ausgangsniveaus. In unserem aktuellen Prognoseszenario erwarten wir einen Einbruch der Wirtschaftsleistung auf bis zu 80% des Ausgangsniveaus in nur zwei Quartalen. Dafür gehen wir für die „Coronakrise“ von einer zumindest zu Beginn deutlich rascheren Erholung aus als in der Finanzkrise.

V-FÖRMIGER KONJUNKTURVERLAUF, DOCH WIRTSCHAFTSLEISTUNG BLEIBT BIS MITTE 2022 NOCH UNTER VORKRISENNIVEAU



Quelle: Statistik Austria, UniCredit Research

Rückgang der nominellen Wertschöpfung im Jahr 2020 von etwa 10% bzw. rund 36 Mrd. Euro erwartet

Branchenauswirkungen

Die Auswirkungen der „Corona-Gegenmaßnahmen“ auf Sektor- und Branchenebene basieren im Wesentlichen auf der Annahme eines zwei Monate dauernden „Einfrierens“ weiter Bereiche des öffentlichen und damit auch des Wirtschaftslebens, gefolgt von wenigstens zwei „Erholungsmonaten“ mit eingeschränkten Aktivitäten. Von einer vollständigen Arbeitsstilllegung während des Lockdown sind vor allem das Beherbergungs- und Gaststättenwesen, die Anbieter persönlicher Dienstleistungen, die Kultur- und Sportveranstalter und zahlreiche Einzelhandelssparten betroffen. Darüber hinaus wurden und werden die Aktivitäten, je nach Branche, zumindest teilweise weitergeführt. Wenig oder kaum betroffen sind von der Krise die Hersteller von Lebensmitteln, der Lebensmitteleinzelhandel und alle Bereiche, die mehr oder weniger systemerhaltend arbeiten, wie das Gesundheitswesen, die Verwaltung oder die Versorger. Zudem kann erwartet werden, dass einige Sektoren insbesondere im Produktionsbereich in der zweiten Jahreshälfte 2020 von Nachholeffekten profitieren.

Unter den skizzierten Annahmen, vor allem der stufenweise Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit ab Mai, erwarten wir für 2020, im Vergleich zu einem Szenario ohne Pandemie, einen Rückgang der nominellen Wirtschaftsleistung von etwa 10% beziehungsweise von rund 36 Mrd. Euro.

Verlängert sich der Lockdown um etwa einen Monat muss mit einem Wertschöpfungsminus von 14% gerechnet werden. Hingegen würden die Einbußen der Wirtschaftsleistung im Bereich von 6% bleiben, falls ein Großteil des Wirtschaftslebens schon im Mai wieder auf seinen ursprünglichen Wachstumspfad zurückkehrt. Angesichts der Entwicklung bei wichtigen Handelspartnern Österreichs ist das vorerst eine unwahrscheinliche Annahme. Hier muss darauf hingewiesen werden, dass die Unsicherheit über die Dauer der Maßnahmen und die Geschwindigkeit der wirtschaftlichen Erholung unverändert hoch ist. Entsprechend hoch ist die Bandbreite der möglichen Erholungsszenarien bis es zu einer wirtschaftlichen Normalisierung kommt, die vielleicht bis zum vierten Quartal 2020 erreicht werden kann.

Industrie zum Teil mit hohen Rückschlägen

Die Industrieproduktion ist schon 2019 abgekühlt und im Gesamtjahr um 0,2% gesunken. In den ersten zwei Monaten 2020 hat sich der Sektor wieder langsam erholt, eine Entwicklung, die mit den Lockdown infolge der Corona-Pandemie Mitte März abrupt endete. Da die Einschränkungen in wichtigen Zuliefer- und Absatzmärkten zumindest noch bis in den Mai hinein andauern, wird die heimische Industrie 2020 voraussichtlich einen stärkeren Rückschlag als zuletzt 2009 verbuchen, als die Produktionsleistung der Industrie um 13% und die nominelle Wertschöpfung um knapp 8% eingebrochen sind.

In Summe wird die Industrie auf jeden Fall stärker als die Gesamtwirtschaft unter der „Coronakrise“ leiden. Im Vergleich zum Basisszenario rechnen wir 2020 mit einem Rückgang der Industriewertschöpfung von 13% nominell beziehungsweise einem Wertschöpfungsverlust von rund 8,5 Mrd. Euro. In Summe ist das fast ein Viertel der gesamten Wertschöpfungseinbußen, die 2020 in Österreich zu erwarten sind (im Vergleich dazu trägt die Industrie 19% zur Wirtschaftsleistung bei).

Auf Branchenebene sind die Lebensmittelhersteller zwar vom Lockdown betroffen, wie die bereits im März stark gestiegene Zahl an arbeitslos gemeldeten Beschäftigten vermuten lässt. Die Branche muss aber im Gesamtjahr kaum Nachfrageeinbußen befürchten; ebenso wenig wie die Pharmaindustrie. Im Gegensatz dazu sind die Produktionsbereiche, die überwiegend konsumabhängige Produkte erzeugen, wie der Textil- und Bekleidungssektor, die Hersteller von Möbel und von Spiel- und Sportartikel, von überdurchschnittlich hohen Einbußen bedroht. Einerseits haben die Branchen mit dem Lockdown des Einzelhandels einen wichtigen Absatzkanal verloren. Andererseits muss damit gerechnet werden, dass die Nachfrage nach Gebrauchsgütern nur langsam wieder in Schwung kommt, gebremst von den Unsicherheiten am Arbeitsmarkt und den Einkommensverlusten großer Teile der Bevölkerung.

Bei den investitionsnahen Industrien beziehungsweise bei Branchen, die direkt oder indirekt Produkte für die Bauwirtschaft erzeugen, wird der Abschwung wahrscheinlich weniger stark

Stärkerer Rückschlag für die Industrie als in der Finanzkrise 2009

ausfallen. Allerdings werden die Branchen, die eng in internationale Lieferketten eingebunden sind und den Großteil ihrer Produkte im Export absetzen, höhere Rückschläge verbuchen müssen. Derzeit sind die wirtschaftlichen Aussichten für 2020 in wichtigen Exportmärkten der heimischen Industrie im Vergleich zum Inland zum Teil noch erheblich trüber. Besonders betroffen sind die Kfz-Zulieferer, die Stahlindustrie, Teile der Metall- und Kunststoffwarenherstellung sowie der Erzeugung von elektrotechnischen Produkten.

Letztendlich wird sich die Krise auch bei den Investitionsgüterherstellern wahrscheinlich sehr unterschiedlich niederschlagen, wie sich beispielsweise an den Ergebnissen einer aktuellen Befragung der Unternehmen im Bereich Metallerzeugung, -verarbeitung und im Maschinenbau zeigt. Demnach berichten die meisten Unternehmen für April einen zum Teil erheblichen Rückgang ihrer Kapazitätsauslastung, wobei sich aber die Anteile der Unternehmen, die vollständig still stehen, und jener ohne Beeinträchtigung ihrer Produktionstätigkeit mit jeweils 7% bis 8% in etwa die Waage halten.

Bau bleibt relativ stabil

Die Bauwirtschaft verbuchte 2019 noch ein Umsatzplus von 9%, wobei die Branchenkonjunktur in der zweiten Jahreshälfte nur wenig abkühlte. Wie die ersten Daten für 2020 zeigen, profitierte der Sektor noch bis zum Ausbruch der Krise von einer unverändert stabilen Auftragslage und auch von günstigen Witterungsverhältnissen. Zuletzt beurteilten die Unternehmen im März ihre Geschäftslage ähnlich positiv wie im Durchschnitt der letzten drei überdurchschnittlich wachstumsstarken Baujahre. Ähnlich positive Signale kamen auch von der Baustoffindustrie, die im ersten Quartal noch vom Auftragshoch der Bauwirtschaft und den überwiegend national geprägten und funktionierenden Lieferketten profitierten.

Die Baustellenschließungen und der vermutlich noch länger dauernde Ausfall von ausländischen Arbeitskräften betreffen zwar alle drei Bausparten. Voraussichtlich werden aber die Umsatzeinbußen in den arbeitsintensiveren Segmenten, im Hochbau und im Baunebengewerbe, stärker als im Tiefbau ausfallen (einige Straßen- und Tunnelbauarbeiten wurden schon Ende März wieder weitergeführt). Beispielsweise wird der Wirtschaftsbau nicht nur im Einzelhandel oder im Tourismussektor 2020 deutliche Rückschläge hinnehmen müssen. Zudem muss mit einer erheblichen Einschränkung der Wohnbauleistung im Vergleich zu den dynamischen Vorjahren gerechnet werden.

In Summe sind die Aussichten der Bauwirtschaft, natürlich abhängig von der effektiven Dauer des Lockdown, für 2020 vergleichsweise günstig. Wir rechnen im gesamten Jahr 2020 mit einem Wertschöpfungsverlust für den Bausektor von 11% beziehungsweise 2,9 Mrd. Euro gegenüber dem Basisszenario.

Handel rutscht je nach Sparte weit ins Minus

Der Handel ist aufgrund der verordneten Geschäftsschließungen seit Mitte März ein von der Corona-Pandemie überdurchschnittlich stark betroffener Wirtschaftssektor. In Summe erwarten wir für den Sektor 2020 einen Rückgang der Wertschöpfung von 12% gegenüber dem Basisszenario, was einem Verlust von 5 Mrd. Euro entspricht.

Sehr hohe Einbußen kündigten bereits im März die Geschäftserwartungen der Unternehmen für die nächsten Monate im Kfz-Handel und im Einzelhandel an. Im Autohandel lag der Saldo positiver und negativer Einschätzungen unter allen Ergebnissen seit Erhebungsbeginn vor mehr als zwei Jahrzehnten. Die Sparte hat sich allerdings schon vor Beginn des Lockdown in einem Krisenmodus befunden, was der massive Rückgang der Kfz-Neuzulassungszahlen im ersten Quartal von mehr als 30% unterstreicht. Voraussichtlich muss der Kfz-Handel im Gesamtjahr 2020, obwohl im zweiten Halbjahr noch Aufholeffekte zu erwarten sind, einen Wertschöpfungsverlust von wenigstens 25% gegenüber dem Basisszenario verbuchen. Etwas moderater sollte der Abschwung bei Kfz-Werkstätten verlaufen.

Die eingeschränkte Mobilität infolge der Pandemie-Maßnahmen bremst auf jeden Fall die Treibstoffnachfrage. Da zudem die Treibstoffpreise auf ein Vierjarestief gefallen sind, werden die Umsätze der Tankstellen entsprechend stark sinken, trotzdem die Sparte, die als versorgungsnotwendig gilt, ihre Standorte nicht schließen musste und mit den Shops zusätzliche

Bauwirtschaft kann sich mit einem Wertschöpfungsverlust von 11% bzw. 2,9 Mrd. Euro noch vergleichsweise gut halten

Handel ist überdurchschnittlich stark von der „Coronakrise“ betroffen

Umsätze generiert. Die Einzelhandelssparten, die zudem von den Lockdown-Maßnahmen ausgenommen blieben und Produkte des täglichen Bedarfs verkaufen, vor allem sind das der Lebensmittelhandel, die Apotheken und Drogerien, sind von der Krise kaum betroffen. Hingegen erwarten die Händler, die dauerhafte Konsumgüter anbieten und ihre Geschäfte schließen mussten, zum Teil massive Einbußen. Falls die Händler nicht verstärkt in den Onlinehandel ausweichen können, verlieren sie nicht nur die Nachfrage heimischer Kunden während der Lockdown-Phase, sondern im weiteren Jahresverlauf auch einen erheblichen Teil der touristischen Nachfrage.

Die Auswirkungen der „Coronakrise“ auf den Großhandel, der rund die Hälfte zur Handelswertschöpfung beiträgt, sind vergleichsweise moderat, in Summe aber auch negativ. Wir erwarten ein Wertschöpfungsrückgang 2020 von etwa 10% im Vergleich zum Basisszenario. Die Sparte hat zumindest den Vorteil, dass viele Geschäfte ohne Kundenkontakt abgewickelt werden und die Lieferungen an die Industrie, die Bauwirtschaft und den Lebensmittelhandel vielfach nicht ausgesetzt haben. Die massiven Einbußen im Gastronomiegeschäft können kaum kompensiert werden.

Wenige bis sehr hohe Einbußen bei Verkehr und sonstigen wirtschaftsnahen Dienstleistungen

Die einzelnen Bereiche des Dienstleistungssektors sind von der „Coronakrise“ mit einer erheblichen Schwankungsbreite betroffen, die sich auch innerhalb der Sektoren fortsetzt. Im Bereich Verkehr werden beispielsweise nur die Paketdienste relativ geringe Auswirkungen der Krise spüren. Die Sparte wird vom florierenden Onlinehandel profitieren, wobei aber die Umsatzausfälle im B2B-Segment voraussichtlich nicht zur Gänze im B2C-Segment kompensiert werden können. Nicht zuletzt leidet die Sparte seit Jahren unter einem starken Konkurrenz- und Preisdruck, der die Entwicklung der nominellen Umsätze dämpft.

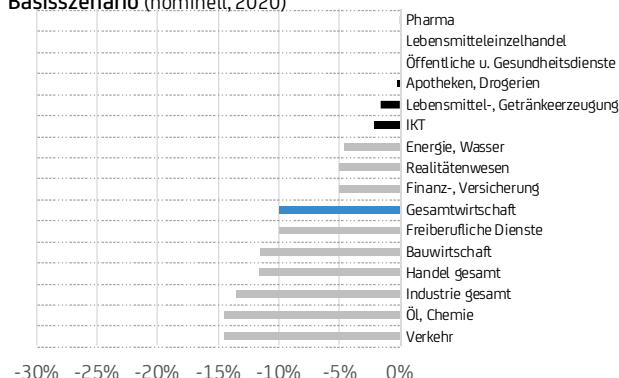
Im Bereich der Informations- und Kommunikationsdienste werden vor allem die Anbieter von IT-Dienstleistungen, die seit Jahren zu den wachstumsstärksten Dienstleistungsbranchen zählen, diese Position auch im laufenden Jahr halten können. Dafür spricht vor allem der erhöhte Bedarf nach Online- oder Teleworking-Infrastrukturen. Gleichzeitig wächst auch die Nachfrage nach den Leistungen der Telekommunikationsanbieter.

Hingegen erwartet der Güterverkehr 2020 wesentlich stärkere negative Auswirkungen der „Coronakrise“, wie die Unternehmen schon im März in den äußerst pessimistischen Geschäftserwartungen signalisierten. Die weitere Abkühlung der Industrie- und Exportkonjunktur im Lauf von 2020 wird nicht nur die Nachfrage nach Transportleistungen, sondern auch nach sonstigen Wirtschaftsdiensten bremsen, das sind unter anderem die Arbeitskräftevermittler, Gebäudereiniger und Sicherheitsdienste. In diesen Branchen sind wie bei den Verkehrsdienstleistern

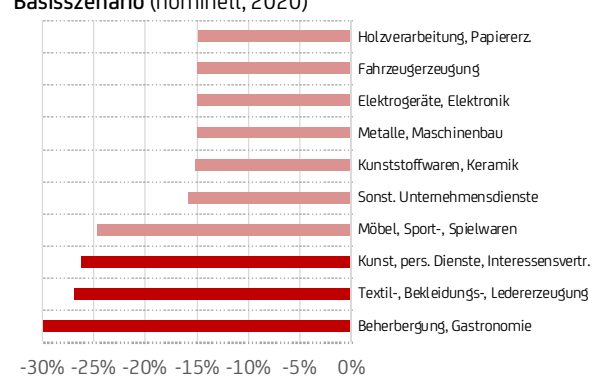
Großteil der Branchen im Bereich Verkehr mit erheblichen Einbußen, nur Paketdienste und IKT mit geringen Auswirkungen

Betroffenheit der einzelnen Sektoren vom Lockdown 2020

Abweichung der Bruttowertschöpfung von Basisszenario (nominell, 2020)



Abweichung der Bruttowertschöpfung von Basisszenario (nominell, 2020)



Quelle: Statistik Austria, UniCredit Research

auch keine nennenswerten Aufholeffekte zu erwarten. Der heterogene Bereich der freiberuflichen und sonstigen technischen Dienste wird in Summe Nachfrageeinbußen erleiden, die wiederum nur in einigen Branchen, beispielsweise in der Rechtsberatung oder bei den Wirtschaftstreuhandern, nachgeholt wird. Wir erwarten hier einen Rückgang der Wertschöpfung von durchschnittlich 10% gegenüber dem Basisszenario 2020.

Besonders schwere Rückschläge erleidet 2020 der Tourismussektor, der sowohl unter der behördlich angeordneten Schließung der Betriebe während der Lockdown-Phase leidet als auch unter einem noch länger dauerenden Ausfall der in- und ausländischen Nachfrage. Zudem wird sich die Nachfrage nach Aufhebung der Beschränkungen vermutlich nur sehr langsam erholen. Vor allem haben sich die Reisebudgets großer Teile der Bevölkerung aufgrund der Einkommenseinbußen deutlich verkleinert. Dennoch sollte Österreichs Tourismus - natürlich abhängig von der Dauer der Krise - wahrscheinlich noch in der Sommersaison 2020 von der wirtschaftlichen Erholung profitieren.

In der Vergangenheit zeigte sich, dass die Nachfrage nach fernen Urlaubsdestinationen in Krisenzeiten abnimmt. Zudem werden viele große europäische Tourismuskmärkte voraussichtlich länger als Österreich unter den Pandemieeinschränkungen leiden. Damit kann die Branche nicht nur von einem verstärkten Gästestrom aus dem Inland, sondern auch aus benachbarten Zielmärkten, vor allem aus Deutschland rechnen.

Trotzdem die Beherbergungsbetriebe ebenso wie die Gastronomie 2020 mit einer sehr guten Auslastung begonnen haben, wird der Bereich im Gesamtjahr voraussichtlich rund 30% seiner Wertschöpfung im Vergleich zum Basisszenario verlieren. Das sind fast 6 Mrd. Euro beziehungsweise rund 17% der geschätzten gesamtwirtschaftlichen Verluste.

Die eingeschränkten Ausgangsmöglichkeiten und Reisefreiheiten lösen zudem eine Umsatzerosion im Personentransport aus, bei den Autoverleihern, den Reisebüros und den Kultur- und Sporteinrichtungen. Da in dem Bereich kaum Nachholeffekte zu erwarten sind, rechnen wir je nach Sparte mit einem Rückgang der nominellen Wertschöpfung 2020 von wenigstens 25% bis 40% im Vergleich zum Basisszenario.

Hohe Prognoseunsicherheit

Die Prognose hinsichtlich des Konjunkturverlaufs ist unter den derzeitigen Rahmenbedingungen mit weit größerer Unsicherheit behaftet als in „normalen“ Zeiten. Trotz der gegebenen großen Unsicherheit, insbesondere hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Ausbreitung des Coronavirus, basiert unser wahrscheinlichstes Szenario auf einer langsamen Beendigung der Eindämmungsmaßnahmen im Verlauf des zweiten Halbjahres. Die Risiken für unsere Prognose liegen darin, dass die genauen Auswirkungen der weltweiten Corona-Pandemie und die weitere Entwicklung der Gegenmaßnahmen, um sie zu bekämpfen, in einem globalen Kontext nur schwer abzuschätzen sind.

Wir betrachten unser gezeichnetes Hauptszenario, das nach dem scharfen Einbruch in der ersten Jahreshälfte von einer schrittweisen, substanziellen Lockerung der Beschränkungen ab dem Sommer und einer damit beginnenden kräftigen Erholung ausgeht, als relativ optimistisch. Dennoch wäre ein noch günstigerer Konjunkturverlauf in Form eines steileren „V“ denkbar, wenn die Abschaltung in den meisten Ländern Europas bis Mitte Mai andauert und dann eine Lockerung der Beschränkungen noch vor dem Sommer erfolgt. In diesem Fall würde die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal „nur“ um 10% sinken und sich dann recht schnell wieder erholen, sodass die österreichische Wirtschaft bereits Ende 2020 fast das Vorkrisenniveau erreichen würde. Im Jahresdurchschnitt würde dies einen Rückgang des BIP um weniger als 5% bedeuten und damit etwa so stark wie während der Finanzkrise 2009 ausfallen.

Allerdings sehen wir die Risiken eher nach unten gerichtet, was einen W-förmigen oder gar L-förmigen Konjunkturverlauf verursachen könnte. Sollte nach der Lockerung der Beschränkungen im Sommer eine erneute Ausbreitung des Virus mit entsprechendem Anstieg der Erkrankungen erfolgen und demnach im Winter 2020/21 erneute Ausgangsbeschränkungen erfolgen müssen, würde es deutlich länger als bis 2022 dauern, damit die österreichische Wirtschaft das Niveau von 2019 wieder erreicht. Sollte es durch die gesetzten geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen nicht gelingen, die Unternehmertätigkeit insbesondere der Klein- und Mittelbe-

Tourismussektor spürt die stärksten Auswirkungen der „Coronakrise“

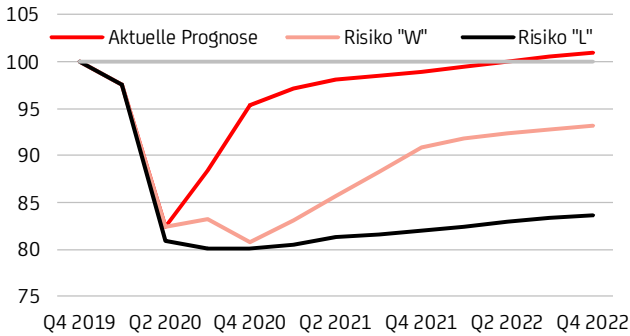
Aufgrund der Unsicherheit hinsichtlich der Entwicklung der nationalen und internationalen Ausbreitung von COVID-19 sowie der Wirksamkeit der gesetzten Unterstützungsmaßnahmen besteht eine höhere Prognoseunsicherheit als in „Normalzeiten“

Wir sehen das Prognoserisiko unseres Hauptszenarios eher nach unten gerichtet

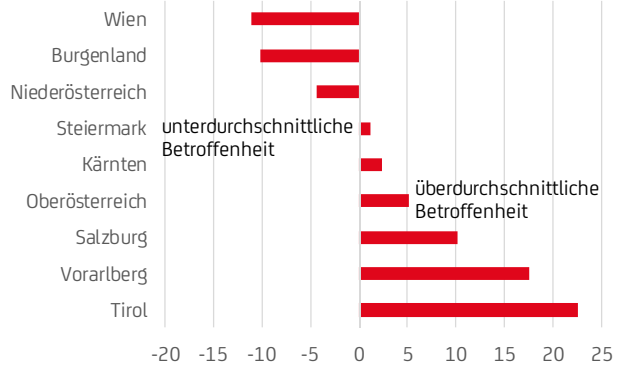
triebe sowie die Nachfrage der Konsumenten wieder in Schwung zu bekommen, dann ist für das Jahr 2020 sogar ein Rückgang des BIP um bis zu 15% realistisch und auch für 2021 würde in diesem Szenario die österreichische Wirtschaft noch schrumpfen. Die Erholung auf das Ausgangsniveau Ende 2019 könnte bis zu einem Jahrzehnt dauern

„V“, „W“ ODER „L“-FÖRMIGER KONJUNKTURVERLAUF, JEDENFALLS STARKE BETROFFENHEIT ALLER BUNDESLÄNDER

BIP real - Risikoszenarien
(Q4 2019=100)



Wirtschaftliche Betroffenheit der Bundesländer
(Österreich=100)



Quelle: Statistik Austria, UniCredit Research

Bedeutung des Tourismus und des öffentlichen Sektor entscheidend für relativ geringe Unterschiede in der wirtschaftlichen Betroffenheit der einzelnen Bundesländer von der „Coronakrise“

Starke Betroffenheit aller Bundesländer

Die Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus lassen für die österreichischen Bundesländer, abhängig von den bestehenden Branchenschwerpunkten, auch etwas unterschiedliche wirtschaftliche Folgen erwarten. Generell sind alle österreichischen Bundesländer bei nur relativ geringen Unterschieden von massiven negativen Auswirkungen der „Coronakrise“ betroffen. Allerdings ist ein leichtes Ost-West-Gefälle auszumachen, mit überdurchschnittlich starken Auswirkungen für die Tourismushochburgen Tirol, Salzburg und Vorarlberg. Dagegen sind das Verwaltungszentrum Wien sowie Niederösterreich und Burgenland voraussichtlich nur unterdurchschnittlich stark betroffen.

Tirol wird im Gesamtjahr 2020 von allen österreichischen Bundesländern voraussichtlich mit dem stärksten Rückgang seiner realen Wirtschaftsleistung rechnen müssen. Der hohe Tourismusanteil und die starke Fokussierung auf ausländische Gäste werden auch in Salzburg und in Vorarlberg zu überdurchschnittlich starken Wirtschaftseinbußen in ähnlicher Höhe wie für Tirol führen. Die Vorarlberger Wirtschaft ist zudem durch den hohen Industrieanteil von der Unterbrechung der globalen Wertschöpfungsketten besonders stark betroffen. Auch die Industriehochburgen Oberösterreich und Steiermark leiden unter dieser angebotsseitigen Störung der Wirtschaft. Dennoch haben diese beiden Bundesländer nach unserer Einschätzung nur durchschnittlich starke Auswirkungen der „Coronakrise“ zu erwarten, zumal der Tourismus eine deutlich geringere Bedeutung für die Gesamtwirtschaft aufweist und zudem vorwiegend auf Inländer ausgerichtet ist. In Niederösterreich und vor allem in Wien hat der besonders schwer betroffene Sektor Tourismus ebenfalls eine deutlich geringere Bedeutung für die Wertschöpfung. Vor allem in der Hauptstadt Wien, aber auch im Burgenland nimmt der öffentliche Dienst eine starke Stellung ein. Daher wird die Wiener Wirtschaft voraussichtlich die geringsten Einbußen aller Bundesländer durch die „Coronakrise“ erleiden, dennoch wird nach unserer Einschätzung der Rückgang der Wirtschaftsleistung auch in Wien 2020 gravierend ausfallen.

„Coronakrise“ bereitet der Verbesserung am österreichischen Arbeitsmarkt ein jähes Ende

- Die Arbeitslosenquote sank 2019 auf durchschnittlich 7,4% (nationale Methode) bzw. 4,5% (Eurostat). Damit verlangsamte sich der Verbesserungstrends am Arbeitsmarkt, das Beschäftigungswachstum fiel mit 1,5% im Jahresdurchschnitt 2019 deutlich geringer als 2018 aus (2,4%)
- Das gute Wetter führte zum Jahreswechsel 2019/20 wieder zu günstigeren Arbeitsmarktdaten, doch seit März schlägt sich die „Coronakrise“ am österreichischen Arbeitsmarkt nieder
- Die Arbeitslosenquote wird im Jahresverlauf auf über 13% steigen, im Jahresdurchschnitt über 10% erreichen
- Im Fokus: Rekordarbeitslosigkeit im März 2020

Arbeitslosenquote sank 2019 das dritte Jahr in Folge

Konjunkturverlangsamung bremste 2019 das Beschäftigungswachstum auf 1,5% im Jahresdurchschnitt ein

Vor allem in der Industrie und auch im Dienstleistungssektor wurden 2019 weniger neue Jobs geschaffen

Auch der Rückgang der Arbeitslosenquote fiel 2019 geringer als in den Vorjahren aus

Gutes Wetter und Tourismuserfolge senkten saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Winter erneut

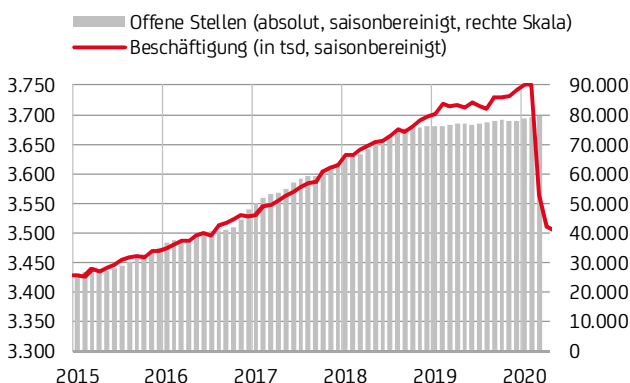
Die günstige Konjunktur hatte 2019 eine anhaltend positiven Entwicklung am österreichischen Arbeitsmarkt ermöglicht. Die Anzahl der unselbständig Beschäftigten legte um 1,5% im Jahresdurchschnitt zu. Das entspricht einem Anstieg um fast 60.000 Personen innerhalb des vergangenen Jahres auf beinahe 3,8 Millionen. Gegenüber dem Jahr 2018 hat sich die positive Dynamik jedoch deutlich verlangsamt. Dies ist vor allem auf die Beschäftigungsentwicklung in der Sachgütererzeugung zurückzuführen. Nach Zuwächsen von mehr als 3% in den beiden Vorjahren hat sich infolge der Abschwächung des globalen Handels und der leichten Rezession in der heimischen Industrie das Beschäftigungswachstum in diesem Sektor kontinuierlich verlangsamt und erreichte im Jahresdurchschnitt 1,6%. Auch im Dienstleistungssektor blieb das Beschäftigungswachstum mit einem Plus um 1,4% hinter dem Ergebnis aus 2018 von 2,2% deutlich zurück. Dagegen fiel die Beschäftigungsdynamik im primären Sektor mit fast 2% unverändert stark aus und steigerte sich am Bau sogar auf 3,8% im Jahresvergleich.

Unterstützt durch den kräftigen Beschäftigtenzuwachs im Jahresvergleich hat sich die Arbeitslosenquote weiter verringert. Im Jahresdurchschnitt 2019 sank die Arbeitslosenquote auf 7,4% gemäß nationaler Methode (2018: 7,7%) bzw. auf 4,5% nach Eurostat-Berechnung (2018: 4,9%). Damit lag die Arbeitslosenquote trotz des Rückgangs in den vergangenen Jahren noch immer über dem Wert vor Ausbruch der Finanzkrise.

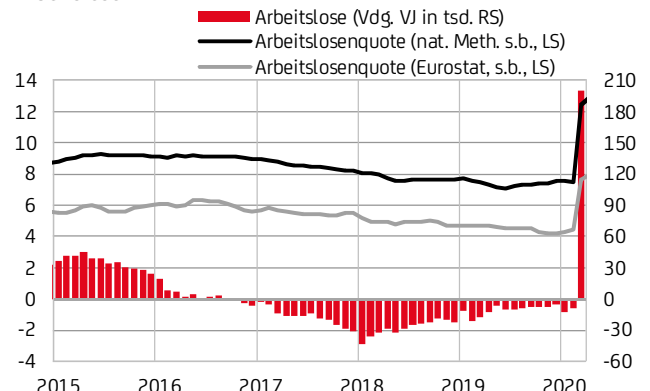
Durch die Verlangsamung der Konjunktur war im Jahresverlauf 2019 ein Ende des Verbesserungstrends am heimischen Arbeitsmarkt zu erwarten. Nach dem Rückgang zu Jahresbeginn 2019 stagnierte die saisonbereinigte Arbeitslosenquote in der Folge auch bei 7,4%. Allerdings zeigte sich gegen Jahresende eine im Gegensatz zur Konjunktorentwicklung laufende erneute Verbesserung. Diese war vor allem auf die guten Wetterbedingungen zurückzuführen. Der milde Winter sorgte am Bau für eine hohe Auslastung und damit für eine sehr geringe saisonale Arbeitslosigkeit. Zudem verlief die Tourismussaison sehr erfolgreich.

VERBESSERUNGSTREND AM ARBEITSMARKT ENDETE ABRUPT MIT EINSETZEN DER „CORONAKRISE“ IM MÄRZ 2020

Beschäftigung und offene Stellen



Arbeitslose



Quelle: Statistik Austria, Eurostat, UniCredit Research

Nach günstigem Jahresbeginn wird die Arbeitslosenquote in Österreich 2020 infolge der „Coronakrise“ stark zunehmen

Die erwartete Gegenbewegung der Konjunktur nach COVID-19 sollte 2021 die Arbeitslosigkeit wieder senken

„Coronakrise“ sorgte für abrupten starken Anstieg der Arbeitslosigkeit

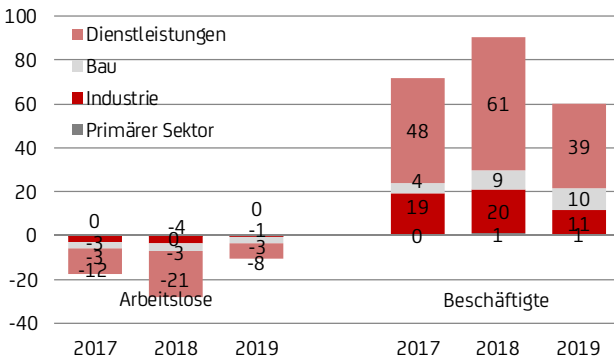
Die günstige Entwicklung am österreichischen Arbeitsmarkt war abrupt Mitte März zu Ende. Die Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus und die wirtschaftlichen Folgen haben im März für den historisch stärksten Anstieg der Arbeitslosigkeit in Österreich gesorgt. Innerhalb eines Monats stieg die Anzahl der Arbeitslosen um mehr als 50% auf über 500.000. Das entspricht einem Zuwachs im Jahresvergleich um sogar 65%. Bei gleichzeitigem Rückgang der Beschäftigung um fast 150.000 bzw. 4% gegenüber dem Vorjahr schnellte die Arbeitslosenquote Ende März auf 12,3% (nationale Methode) hinauf. Das Ausmaß wäre ohne die Möglichkeit der Anmeldung von Kurzarbeit noch deutlich höher ausgefallen. Rund 25.000 Betriebe haben für etwa 250.000 Beschäftigte bis Ende März den Antrag auf Kurzarbeit gestellt. Mittlerweile liegen bereits mehr als 870.000 Anmeldungen vor. Im Jahr 2009 während der Finanzkrise waren nur etwas mehr als 60.000 Personen in Kurzarbeit.

In den kommenden Monaten wird die Arbeitslosenquote voraussichtlich auf über 13% ansteigen. Erst mit der schrittweisen Lockerung der Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Coronavirus ist mit einer Entspannung am österreichischen Arbeitsmarkt zu rechnen. Wir gehen davon aus, dass eine erste Verbesserung im Sommer erkennbar sein wird. Als Vorteil sollten sich dabei das flexible Kurzarbeitsmodell sowie andere Unterstützungsmaßnahmen - unter anderem zur Erhaltung der Liquidität der Unternehmen sowie der Existenzsicherung von EPU's - erweisen. Dennoch wird die Arbeitslosigkeit bis zum Jahresende noch immer deutlich höher als zu Jahresbeginn sein. Im Jahresdurchschnitt 2020 gehen wir von einer Arbeitslosenquote von fast 11% bzw. 6,6% nach Eurostat-Methode aus.

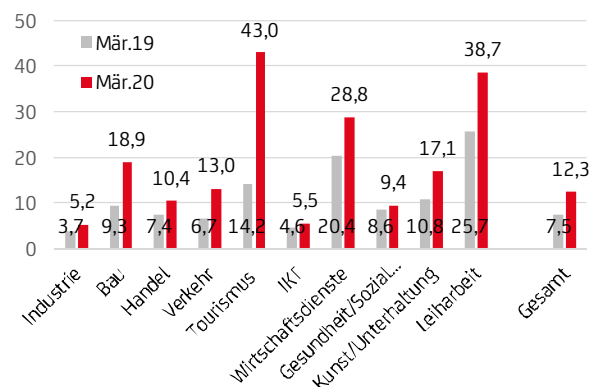
Für das kommende Jahr 2021 erwarten wir durch die konjunkturelle Gegenbewegung mit dem Auslaufen der „Coronakrise“ eine deutliche Verbesserung der Lage am österreichischen Arbeitsmarkt. Mit durchschnittlich 8,0 Prozent bzw. 4,9% nach Eurostat-Methode wird die Arbeitslosenquote jedoch den Ausgangswert vor der „Coronakrise“ vorerst nicht erreichen.

WENIGER BESCHÄFTIGUNGSWACHSTUM UND GERINGERER RÜCKGANG DER ARBEITSLSIGKEIT 2019

Kurzfristiger Beschäftigtentrend (Vrdg. zum Vorjahr in 1.000)



Arbeitslosenquote ausgewählter Branchen



Quelle: Statistik Austria, Eurostat, UniCredit Research

Rekordarbeitslosigkeit im März 2020: Starke Branchenunterschiede

Durch den Lockdown und die anfänglich fehlenden Ausstiegsperspektiven hat sich die Arbeitslosigkeit im März mit Rekordtempo erhöht. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote stieg gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres von 7,5% auf 12,3% im März 2020. Die Entwicklung der Arbeitslosenquote gibt dabei nicht nur einen Einblick in die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der abrupten Unterbrechung der Wirtschaftstätigkeit in Österreich durch die Ausgangsbeschränkungen, sondern vor allem auch ein erstes Bild über die tatsächliche Betroffenheit einzelner Wirtschaftsbranchen.

Während etwa die Industrie mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote von 3,7% im März 2019 auf 5,2% im März 2020 eine relativ geringe Betroffenheit zeigt, ist die Bauwirtschaft mit einer

Verdoppelung der Arbeitslosenquote in diesem Zeitraum von 9,3% auf 18,9% besonders stark betroffen. Vor allem in einigen Dienstleistungsbranchen, die von behördlich verordneten Geschäftsunterbrechungen betroffen waren, hat die Arbeitslosigkeit stark zugenommen. Im Bereich Beherbergung und Gastronomie hat sich die Arbeitslosenquote auf über 40% verdreifacht. Eine Verdoppelung ergab sich bei den Verkehrsdienstleistungen und bei der Erbringung sonstiger Dienste. Einen unterdurchschnittlichen Anstieg verzeichneten der Gesundheitssektor, die öffentliche Verwaltung, der Finanzsektor sowie Informations- und Kommunikationsdienstleistungen. Auch der Anstieg der Arbeitslosenquote bei Leiharbeit war im Jahresvergleich mit rund 50% klar unterdurchschnittlich stark. Allerdings ist die Arbeitslosenquote in diesem Bereich nach dem Tourismus mit mittlerweile fast 40% die höchste aller Branchen.

Die unterschiedliche Betroffenheit der einzelnen Branchen wirkt sich abhängig von den jeweiligen sektoralen Schwerpunkten auf die Entwicklung der Arbeitslosenquote in den Bundesländern auf. Die höchste Arbeitslosenquote aller Bundesländer weist mit 16,7% im März 2020 weiterhin die Bundeshauptstadt Wien auf. Die stärkste Zunahme ist jedoch mit einer beinahe Verdreifachung auf über 12% in der Tourismushochburg Tirol erfolgt. Oberösterreich hat trotz eines Anstiegs um mehr als 70% im Jahresvergleich mit 8,2% die niedrigste Arbeitslosenquote aller österreichischen Bundesländer.

Niedriger Ölpreis und „Coronakrise“ schicken die Inflation in Österreich 2020 auf Talfahrt

- Nach 2,0% 2018 verlangsamte sich die Inflation 2019 auf durchschnittlich 1,5%
- Der moderatere Ölpreis dämpfte die Teuerung vor allem in der zweiten Jahreshälfte 2019
- Deutlicher Inflationsanstieg zum Jahresbeginn 2020, doch der Einbruch des Ölpreises und der Nachfrageausfall wird die Teuerung im Jahresverlauf spürbar verringern
- Wir erwarten für 2020 eine durchschnittliche Inflation von 0,9%. Mit der konjunkturellen Gegenbewegung wird die Teuerung 2021 auf 1,9% steigen.
- Zusätzliche Liquiditätsmaßnahmen der EZB zur Krisenbewältigung und unveränderte Nullzinspolitik
- Im Fokus: Die Folgen der „Coronakrise“ für die Inflation

Rückgang der Inflation 2019 trotz starker Konsumnachfrage

Teuerung sank 2019 auf 1,5% im Jahresvergleich

Nach zwei Jahren in Folge mit Werten um bzw. über der 2%-Marke reduzierte sich die Verbraucherpreis-inflation im Jahresdurchschnitt 2019 auf nur noch 1,5%. Verantwortlich dafür war vor allem die Entlastung durch die Ölpreise, die im Jahresvergleich um mehr als 5% gemessen in Euro sanken, nachdem 2018 die Ölpreise noch um rund 25% zugelegt hatten. Die inflationsentlastende Wirkung zeigte sich dabei weit deutlicher in der zweiten Jahreshälfte, wo die Teuerung mit 1,1% im Oktober und November den Tiefstwert des Jahres erreichte. Ein stärkerer Rückgang des Jahresdurchschnitts wurde zum einen durch den kurzfristigen Anstieg des Ölpreises knapp vor dem Jahresende sowie durch die anhaltend kräftige Konsumnachfrage verhindert, die sich in einem überdurchschnittlich starken Anstieg der Dienstleistungspreise um 2,0% niederschlug. Als besonders starke Preistreiber erwiesen sich dabei wie schon in den Vorjahren die Mieten sowie die Preise im Tourismus. Die einzige relative und absolute Preisdämpferkategorie war 2019 erneut die Sparte Kommunikation (siehe Grafiken unten).

Wohnen und Bewirtungsdienstleistungen trieben die Inflation an, der Ölpreis dämpfte

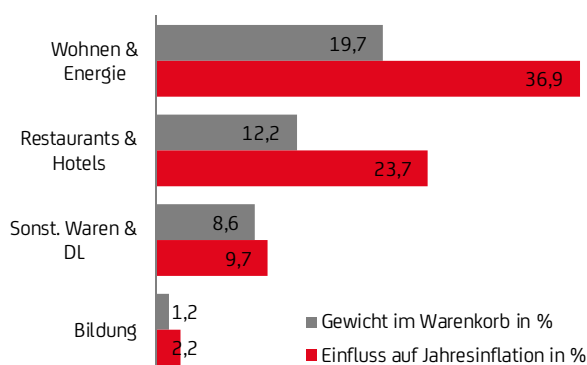
Inflation startete deutlich höher ins Jahr 2020

Niedriger Ölpreis und Nachfrageausfall durch „Coronakrise“ werden die Inflation 2020 auf durchschnittlich 0,9% senken

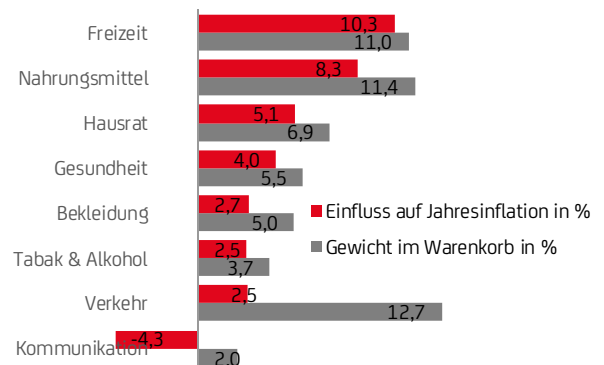
Aufgrund des kurzfristigen Anstiegs der Ölpreise rund um den Jahreswechsel kletterte die Inflation zu Jahresbeginn erstmals seit knapp über einem Jahr wieder über die 2%-Marke. Durch die Verunsicherung rund um die Verbreitung von COVID-19 in China und den folgenden Produktionsausfällen kam es ab Ende Jänner 2020 wieder zu einem Rückgang der Ölpreise. Die weitere Ausbreitung des Coronavirus und die damit einhergehende schwächere Nachfrage werden den Ölpreis weiterhin niedrig halten. Wir erwarten im Jahresdurchschnitt einen Wert von rund etwa 36 Euro pro Barrel. Durch den Rückgang der Euro-Ölpreise gegenüber 2019 sollte die Inflation in den kommenden Monaten spürbar sinken.

INFLATION 2019 VON WOHNEN UND ENERGIE SOWIE BEWIRTUNGSDIENSTLEISTUNGEN GETRIEBEN

Preistreiber 2019



(Relative) Preisdämpfer 2019



Quelle: Statistik Austria, UniCredit Research

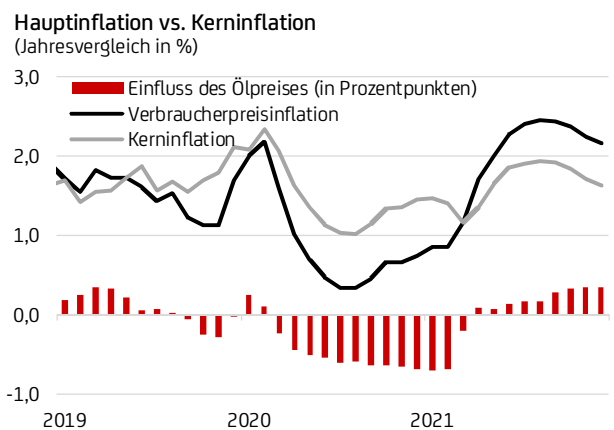
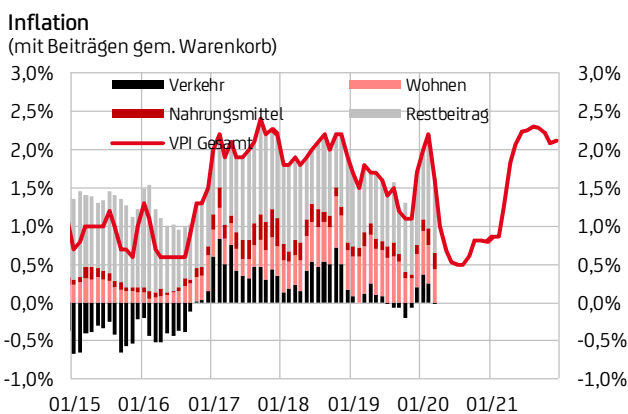
Wir erwarten im Jahresdurchschnitt 2020 eine Teuerung von 0,9%. Sobald die Maßnahmen, die das öffentliche Leben einschränken, zurückgenommen werden, wird die Konsumnachfrage wieder stärker einsetzen. Allerdings ist nur mit einer schrittweisen Lockerung der Maßnahmen zu rechnen, so dass sich die Nachfrage weiterhin nicht voll entfalten können wird. Zudem wird die weiter bestehende wirtschaftliche Unsicherheit sowie die steigende Sorge um den Arbeitsplatz die Nachfrage beschränken. Daher wird von der Nachfrageseite zwar 2021 ein stärkerer Druck auf höhere Preise ausgehen und auch die Rohstoffpreise werden wieder etwas anziehen, mit knapp unter 2% wird die Inflation nach unserer Einschätzung im Jahresdurchschnitt jedoch moderat bleiben.

EZB startet umfangreiche Liquiditätsmaßnahmen

Die neue Führung der Europäischen Zentralbank unter Präsidentin Christine Lagarde hat Mitte März bei Einsetzen der „Coronakrise“ in Europa rasch reagiert, um das Funktionieren der Märkte zu sichern. Während die Leitzinsen im Euroraum nicht angetastet wurden und damit der Zinssatz für das Hauptrefinanzierungsinstrument weiterhin bei 0% und der Einlagenzinssatz unverändert bei minus 0,5% liegt, hat die EZB umfangreiche Maßnahmen zur Sicherung der Liquidität sowie regulatorische Erleichterungen, wie die Lockerung von Kapitalregeln für die Banken, initiiert. So hat die EZB ein zusätzliches längerfristiges Refinanzierungsgeschäft (TLTRO-III) zur Unterstützung von Kreditvergaben der Banken an Klein- und Mittelbetriebe aufgelegt. Im Rahmen der Auktion im März wurde den Banken ein Volumen von 115 Mrd. Euro für drei Jahre bereitgestellt. Zudem sorgt die EZB durch die nunmehr tägliche Devisenswap für die Bereitstellung von ausreichender Liquidität in US-Dollar. Vor allem hat die EZB an die Seite des laufenden Wertpapierkaufprogramms ein neues Notfall-Anleihekaufprogramm (PEPP – pandemic emergency purchase programme) im Umfang von 750 Mrd. Euro gestellt. Die EZB wird damit im Durchschnitt monatlich mehr als 100 Mrd. Euro an Vermögenswerten bis zum Jahresende 2020 kaufen. Mit der Aufhebung der Beschränkung des Wertpapierkaufs von maximal 33% der Anleihen eines Landes sendet die EZB darüber hinaus ein starkes Signal, dass sie so lange wie nötig als Käufer der letzten Instanz am Markt auftreten wird, um das Zinsniveau niedrig zu halten und die Zinsspreads im Euroraum gering zu halten. Damit hat die EZB für Handlungsspielraum der betroffenen Staaten in der „Coronakrise“ gesorgt.

EZB beschloss zusätzliches Wertpapierkaufprogramm und regulatorische Erleichterungen

NIEDRIGE INFLATIONSERWARTUNGEN 2020 VOR ALLEM VOM ÖLPREIS GETRIEBEN



Quelle: Refinitiv Datastream, Statistik Austria, Eurostat, UniCredit Research

Trotz der Nachfrageeffekte durch die „Coronakrise“ wird nach unserer Einschätzung der Ölpreis der bestimmende Einflussfaktor auf die Inflation 2020 sein

Die Folgen der „Coronakrise“ für die Inflation

Der Lockdown und die schrittweise Wiederbelebung der österreichischen Wirtschaft wird einen deutlichen Einfluss auf die Entwicklung der Inflation der kommenden Monate nehmen. Durch den Lockdown wird der private Konsum massiv eingeschränkt und in vielen Branchen wird die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen stark zurückgehen. Dies betrifft die in unserer Branchenanalyse benannten besonders stark vom Lockdown betroffenen Bereiche, wie den Tourismus und die Gastronomie, sowie viele Freizeit- und Kulturdienstleistungen, Verkehrsdienstleistungen, aber auch große Teile des Handels (Bekleidung, Einrichtung, Elektromärkte). Diese Sparten machen zusammengenommen rund zwei Drittel des österreichischen Warenkorb für die Berechnung der Inflation aus. Andere Bereiche sind kaum oder wenig von Nachfragerückgängen betroffen, wie etwa Lebensmittel, der Bereich Wohnen, Kommunikation und das Gesundheitswesen. Diese Bereiche erreichen ein Gewicht im Warenkorb von rund einem Drittel. In manchen dieser Branchen ist in den kommenden Monaten sogar mit einer verstärkten Nachfrage zu rechnen, die sich auch in Preiserhöhungen niederschlagen könnten. Insgesamt ist jedoch durch die Nachfrageveränderungen von einer dämpfenden Wirkung auf die Inflation im Jahr 2020 auszugehen.

Ein besonders starker Einfluss auf die Inflationsentwicklung der kommenden Monate wird jedoch der rasante Einbruch des Preises für Rohöl haben. Der globale Nachfragerückgang löste eine rasante Talfahrt aus, zumal sich die erdölproduzierenden Länder zumindest anfangs nicht auf eine Förderkürzung einigen konnten. Der Ölpreis fiel sogar auf ein 20-Jahres-Tief. Wenn auch zwischenzeitlich der Ölpreis mittlerweile wieder etwas angestiegen ist, erwarten wir aufgrund der geringeren Nachfrage unterstützt durch hohe Lagerbestände weiterhin einen niedrigen Ölpreis. Gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2019 von 57 Euro pro Barrel gehen wir für 2020 von einem Rückgang auf durchschnittlich 35 Euro aus. Der Ölpreisrückgang um rund 40% senkt nach unseren Berechnungen die Inflation im Vergleich zum Vorjahr im Jahresdurchschnitt 2020 um etwa 0,4 Prozentpunkte. Damit erklärt der Ölpreis alleine beinahe drei Viertel unserer geringeren Inflationsprognose gegenüber 2019 und ist damit trotz der Nachfrageeffekte durch die „Coronakrise“ nach unserer Einschätzung der bestimmende Einflussfaktor auf die Inflation im Jahr 2020.

Fiskalpolitik im Einsatz gegen die „Coronakrise“

- Budgetüberschuss stieg dank guter Einnahmenentwicklung und niedriger Zinsen 2019 auf 0,7% des BIP
- Maßnahmenpaket der Regierung zur Abfederung der Auswirkungen der „Coronakrise“ im Umfang von 38 Mrd. Euro bzw. 10% des BIP
- Hohes Budgetdefizit von fast 10% des BIP für 2020 in Sicht. Weitere Budgetabgänge in den Folgejahren zu erwarten
- Nach einem vierjährigen sinkenden Trend wird die öffentliche Verschuldung 2020 stark ansteigen
- Im Fokus: Österreich nicht allein zuhause (Konjunkturpakete im internationalen Vergleich)

Nach einem erstmaligen Budgetüberschuss 2018 endete das Haushaltsjahr 2019 sogar mit einem Plus von 0,7% des BIP

Konjunktur und niedrige Zinsen ermöglichten 2019 den zweiten Budgetüberschuss in Folge

Im Jahr 2019 konnte erneut ein Überschuss im gesamtstaatlichen Haushalt erzielt werden, der mit 2,9 Mrd. Euro bzw. 0,7% des BIP sogar etwas höher als im Jahr 2018 ausfiel. Eine disziplinierte Ausgabenpolitik unterstützt durch die niedrigen Zinsen, die zu geringeren Refinanzierungskosten für Schuldenaufnahmen sorgten, und die gute Einnahmenentwicklung in einem weiterhin günstigen Konjunkturmilieu, das vor allem von einem robusten Arbeitsmarkt gekennzeichnet war, ermöglichte in allen Teilssektoren - und damit erstmals auch im Bund - einen zumindest leichten Gebarungüberschuss.

Maßnahmen gegen die „Coronakrise“ verursachen hohes Budgetdefizit und Verschuldungsanstieg

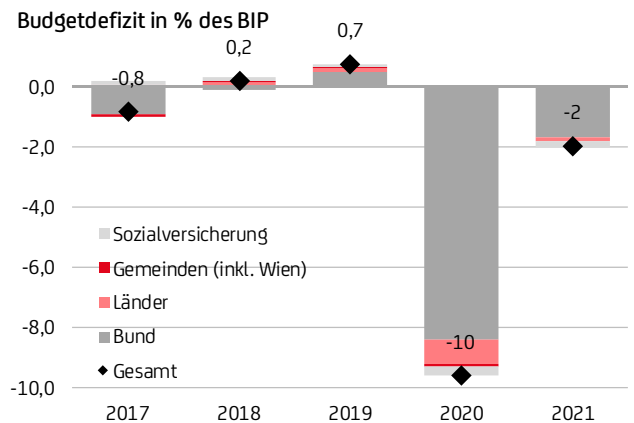
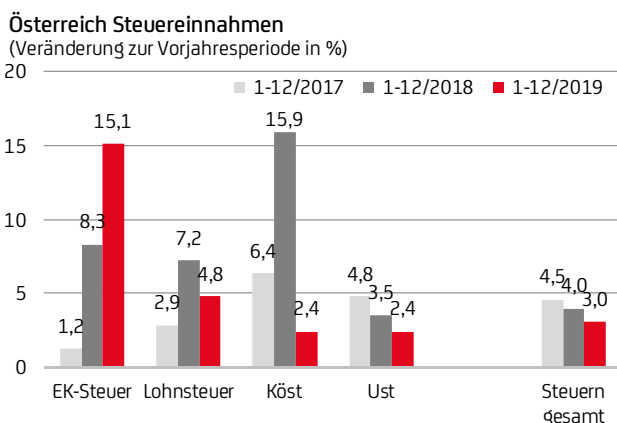
Aufgrund der Neuwahlen im Herbst 2019 und der im Jänner 2020 folgenden Regierungsbildung konnte ein Budgetentwurf für 2020 vom Parlament nicht rechtzeitig beschlossen werden. Daher erfolgt der Vollzug in Österreich seit Jahresbeginn auf Basis eines Budgetprovisoriums. Mitte März hat das Finanzministerium einen Budgetentwurf für 2020 vorgelegt, der ein gesamtstaatliches Defizit von 1% des BIP vorsah. Bevor dieser Voranschlag jedoch dem Parlament wie geplant im April vorgelegt werden konnte, machte die einsetzende „Coronakrise“ eine Reihe von fiskalischen Notfallmaßnahmen notwendig. Um sich bei der Eindämmung der wirtschaftlichen Folgen größtmögliche Flexibilität zu bewahren, wird bis auf weiteres auf Basis des Budgetprovisoriums agiert.

Haushaltsgebarung 2020 vorerst weiterhin auf Basis eines Budgetprovisoriums

Hohes Budgetdefizit zur Abfederung der Auswirkungen der „Coronakrise“ treibt gesamtstaatliche Verschuldung 2020 deutlich nach oben

Bisher hat die Regierung als Rahmen für fiskalische Maßnahmen sowie Garantien und Haftungen des Bundes ein Volumen von 38 Mrd. Euro abgesteckt. Das entspricht rund 10% des BIP. Nicht alle diese Maßnahmen werden sich im Budget direkt abbilden. Wir gehen für 2020 von einem Budgetdefizit von rund 35 Mrd. aus, das rund zur Hälfte auf die gesetzten fiskalischen Maßnahmen zurückzuführen ist und zur Hälfte eine Folge geringerer Einnahmen als im Vorjahr ist. Mit 9,6% des BIP wird das Budgetdefizit auch zu einem klaren Anstieg der Gesamtverschuldung Österreichs führen. Nachdem in den vergangenen vier Jahren die Verbindlichkeiten

GUTE KONJUNKTUR UND ROBUSTER ARBEITSMARKT SORGTEN 2019 FÜR EIN EINNAHMENPLUS VON 3% IM JAHRESVERGLEICH



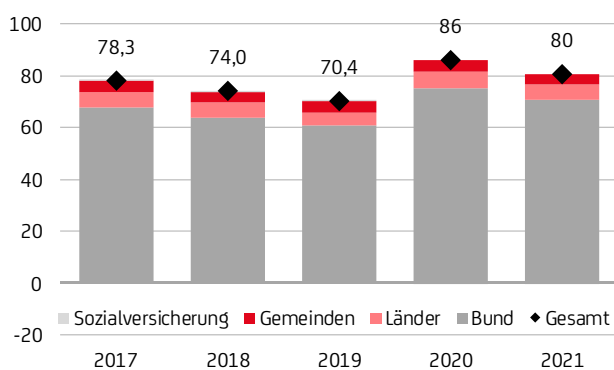
Quelle: Statistik Austria, Eurostat, UniCredit Research

in Relation zur Wirtschaftsleistung Österreichs kontinuierlich zurückgegangen sind und Ende 2019 nur noch 70,4% des BIP betragen haben, ist für 2020 ein Anstieg der öffentlichen Verschuldung auf mehr als 85% des BIP zu erwarten.

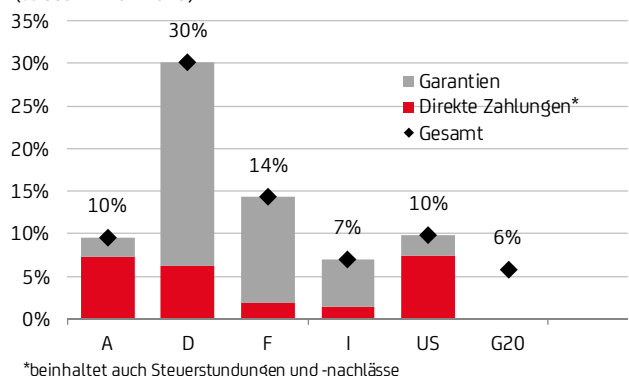
Damit entsprechen die österreichischen Zahlen für 2020 nicht den Budget- und Verschuldungsregeln der EU. Die Kommission hat allerdings bereits den Vorschlag gebracht, dass die Ausnahmeklausel bei den Vorschriften für die Haushaltsführung angesichts der Pandemie aktiviert wird. Dies erfordert noch die Zustimmung der EU-Finanzminister, was angesichts der derzeitigen Rahmenbedingungen in allen Ländern wohl zu erwarten ist.

STARKER ANSTIEG DER GESAMTVERSCHULDUNG DURCH FISKALISCHE MASSNAHMEN ZUR MILDERUNG DER „CORONAKRISE“

Öffentliche Verschuldung (in % des BIP)



Übersicht bisher angekündigter Maßnahmen (% des BIP von 2019)



*beinhaltet auch Steuerstundungen und -nachlässe

Quelle: BMF, Statistik Austria, Eurostat, UniCredit Research

Das Paket von 38 Mrd. Euro entspricht rund 4.300 Euro pro Österreicher

Das österreichische Corona-Paket im internationalen Vergleich

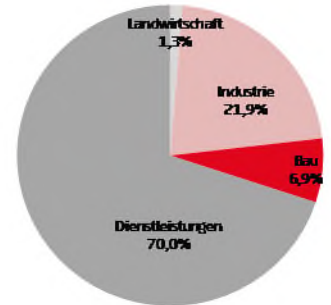
Neben den Notenbanken haben auch die Staaten mit Einsetzen der Krise drastische Maßnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen gesetzt. Die österreichische Regierung hat ein Maßnahmenpaket im Gesamtumfang von 38 Mrd. Euro bzw. rund 10% des BIP auf den Weg gebracht. Davon werden 28 Mrd. Euro über den neu geschaffenen COVID-19 Krisenbewältigungsfonds abgewickelt. Als Herzstück enthält er Maßnahmen zur Notfallhilfe im Corona-Hilfsfonds im Umfang von mehr als 10 Mrd. Euro, die in Form von Krediten und nicht-rückzahlbaren Zuschüssen betroffene Unternehmen mit Liquidität versorgen sollen. Weiters sind mittlerweile bis zu 5 Mrd. Euro zur Finanzierung des neuen Kurzarbeitsmodells vorgesehen. Mit bis zu 2 Mrd. Euro ist der Härtefallfonds dotiert, der Kleinstunternehmen und EPUs einen Ersatz für den Entgang an Einkünften durch die „Coronakrise“ bietet. Der Rest steht für Garantien und Haftungen des Bundes für Betriebsmittelkredite betroffener Unternehmen zur Verfügung. Darüber hinaus sind 10 Mrd. Euro für Steuer- und Abgabenstundungen vorgesehen.

Mit einem Volumen von rund 10% des BIP liegt das österreichische Maßnahmenpaket im Rahmen von Maßnahmen anderer europäischer Staaten. Generell haben alle Länder ein Paket geschnürt, das zum Teil aus direkten fiskalischen Hilfen sowie aus Haftungen und Garantien besteht. Die individuelle Zusammenstellung ist dabei recht unterschiedlich ausgefallen. Während in Österreich der Anteil an Garantien am Gesamtpaket nicht ganz 25% beträgt, sind in Frankreich von insgesamt 354 Mrd. Euro (14% des BIP) fast 90% für Garantien vorgesehen. In Italien entfallen von dem Paket im Umfang von 7% des BIP bzw. 125 Mrd. Euro 80% auf Garantien. Deutlich höher fallen die Notfallmaßnahmen in Deutschland aus, wo insgesamt ein Volumen von 30% des BIP ausgerollt wird. Allerdings sind hier rund drei Viertel für Garantien vorgesehen. Der Betrag für direkte fiskalische Maßnahmen ist mit nicht ganz 6% des BIP niedriger als in Österreich.

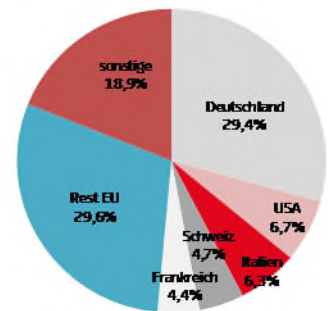
Standort Österreich im Überblick

Strukturindikatoren	2019	
Fläche (in km ²)	83.879	
Einwohner (in Mio.)	8,8	
Präsident	Dr. Alexander van der Bellen	
Bundeskanzler	Sebastian Kurz	
Rating (Moody's/S&P/Fitch)	Aa1/AA+/AA+	
Wirtschaftsleistung		
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. EUR)	398,5	
BIP pro Kopf (in EUR)	44.901	
BIP pro Erwerbstätigen (in EUR)	87.766	
BIP pro Kopf (in % des EU27-Durchschnitts, KKS)	128,0	
Bruttoinlandsprodukt (reale Vrdg. zum Vorjahr in %)	1,6	1,9 (Ø 2015-2019)
Arbeitskräftepotenzial (in 1000)	4.099	
Unselbständig Beschäftigte (in 1000)	3.797	3.663 (Ø 2015-2019)
Beschäftigtenquote (in %)	43,0	
Anzahl an Arbeitssuchenden (in 1000)	301	333 (Ø 2015-2019)
Vakanzquote (in %)	1,9	
Monatseinkommen pro Arbeitnehmer (brutto, in EUR)	3.696	
Internationale Wettbewerbsfähigkeit		
	Ranking	Tendenz
IMD-World Competitiveness Index	19	↘
IMD Wirtschaftliche Entwicklung	20	↘
IMD Effizienz der Regierung	28	↗
IMD Wirtschaftliche Effizienz der Unternehmen	17	↘
IMD Infrastrukturqualität	11	↗
WEF Global Competitiveness Index	21	↗
WEF Inclusive Development Index	10	↔
Transparency International Korruptionswahrnehmungsindex	12	↗
Europäisches Innovationsscoreboard	9	↔
Forschungsquote (F&E-Ausgaben in % des BIP)	3,2	
Investitionsquote (Investitionen in % des BIP)	24,3	
Abgabenquote (Steuern und Abgaben in % des BIP)	42,8	
Warexporte (in Mrd. EUR)	153,8	3,8 (Ø 2015-2019)
Exportquote (in % des BIP)	38,6	38,1 (Ø 2015-2019)
Warenimporte (in Mrd. EUR)	158,0	4,0 (Ø 2015-2019)
Importquote (in % des BIP)	39,6	39,3 (Ø 2015-2019)
Ausländische Direktinvestitionen (aktiv, in Mrd. EUR)	6,2	7,0 (Ø 2015-2019)
Ausländische Direktinvestitionen (aktiv in % des BIP)	1,5	
Ausländische Direktinvestitionen (passiv, in Mrd. EUR)	0,9	4,0 (Ø 2015-2019)
Ausländische Direktinvestitionen (passiv, in % des BIP)	0,2	

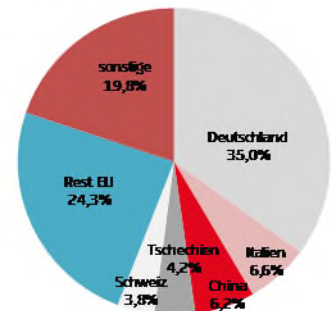
BIP nach Sektoren 2019



Wichtigste Exportmärkte 2019



Wichtigste Importmärkte 2019



Regionale Wirtschaft 2018	Fläche (in km ²)	BIP (reale Vrdg. zum VJ in %)	Ø 2014-2018	BIP/Kopf (in EUR)	BIP (in % von Österreich)	Arbeitslosenquote in %
Burgenland	3.962	1,5	1,64	30.741	2,3	7,7
Kärnten	9.538	4,0	1,48	37.237	5,4	9,2
Niederösterreich	19.186	3,4	1,82	36.460	15,8	7,8
Oberösterreich	11.980	2,6	1,70	44.561	17,1	5,0
Salzburg	7.156	2,3	1,98	52.434	7,5	6,3
Steiermark	16.401	2,9	1,94	39.964	12,9	5,0
Tirol	12.640	2,0	1,74	46.092	9,0	4,9
Vorarlberg	2.601	2,4	2,20	48.539	4,9	5,4
Wien	415	2,2	1,32	50.956	25,0	12,3

Quelle: Statistik Austria, OeNB, IMD, TI, WEF, EU Kommission, UniCredit Research

Zum Weiterlesen:

UniCredit Bank Austria Homepage: Alle Prognosen und Analysen der Abteilung Economics & Market Analysis Austria auf <http://wirtschaft-online.bankaustria.at>

Bank Austria Economic News: Die neuesten Veröffentlichungen der Abteilung Economics & Market Analysis Austria direkt in Ihrem Posteingang. Registrieren Sie sich bitte unter <https://nl-reg.bankaustria.at/nl/registration?m=eco-de>

Sollten Sie Fragen haben schicken Sie uns ein E-Mail unter econresearch.austria@unicreditgroup.at.

Ohne unser Obligo:

Diese Publikation ist weder eine Marketingmitteilung noch eine Finanzanalyse. Es handelt sich lediglich um Informationen über allgemeine Wirtschaftsdaten. Trotz sorgfältiger Recherche und der Verwendung verlässlicher Quellen kann keine Verantwortung für Vollständigkeit, Richtigkeit, Aktualität und Genauigkeit übernommen werden.

Unsere Analysen basieren auf öffentlichen Informationen, die wir als zuverlässig erachten, für die wir aber keine Gewähr übernehmen, genauso wie wir für Vollständigkeit und Genauigkeit nicht garantieren können. Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Die in der vorliegenden Publikation zur Verfügung gestellten Informationen sind nicht als Empfehlung zum Kauf oder Verkauf von Finanzinstrumenten oder als Aufforderung, ein solches Angebot zu stellen, zu verstehen. Diese Publikation dient lediglich der Information und ersetzt keinesfalls eine individuelle, auf die persönlichen Verhältnisse der Anlegerin bzw. des Anlegers (z. B. Risikobereitschaft, Kenntnisse und Erfahrungen, Anlageziele und finanziellen Verhältnisse) abgestimmte Beratung. Die vorstehenden Inhalte enthalten kurzfristige Markteinschätzungen. Wertentwicklungen in der Vergangenheit lassen keine Rückschlüsse auf die zukünftige Entwicklung zu.

Impressum:

Angaben und Offenlegung nach §§ 24 und 25 Mediengesetz:

Herausgeber und Medieninhaber:

UniCredit Bank Austria AG
1020 Wien, Rothschildplatz 2
Unternehmensgegenstand: Kreditinstitut gem. § 1 Abs.1 Bankwesengesetz

Vertretungsbefugten Organe (Vorstand) des Medieninhabers:

Robert Zadrazil, Günter Schubert, Gregor Hofstätter-Pobst, Jürgen Kullnigg, Mauro Maschio, Susanne Wendler.

Aufsichtsrat des Medieninhabers:

Gianfranco Bisagni, Ranieri De Marchis, Livia Aliberti Amidani, Christine Buchinger, Olivier Khayat, Adolf Lehner, Aurelio Macchario, Mario Pramendorfer, Eveline Steinberger-Kern, Ernst Theimer, Karin Wisak-Gradinger.

Beteiligungsverhältnisse am Medieninhabergemäß § 25 Mediengesetz:

UniCredit S.p.A. hält einen Anteil von 99,996% der Aktien am Medieninhaber (unter folgendem Link <https://www.unicreditgroup.eu/en/governance/shareholder-structure.html> sind die wesentlichen, an der UniCredit S.p.A. bekannten Beteiligungsverhältnisse ersichtlich.)
Der Betriebsratsfonds der Angestellten der UniCredit Bank Austria AG, Region Wien, sowie die Privatstiftung zur Verwaltung von Anteilsrechten (Stifter: Anteilsverwaltung-Zentralsparkasse; Begünstigter: WWTF – Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds) sind mit einem Anteil von zusammen 0,004% am Medieninhaber beteiligt.